Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1847**

19. Wahlperiode 24.04.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Dr. Alexander S. Neu, Michel Brandt, Christine Buchholz, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung

– Drucksachen 19/1596, 19/1833 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten EU NAVFOR Somalia Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Menschen in Somalia leiden unter immer häufiger wiederkehrenden Dürren, unter den Folgen eines jahrzehntelangen Bürgerkriegs, unter dem Terror der islamistischen Al-Shabaab und dem Drohnen-Krieg der USA.

In Somalia sind 5 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die Bundesrepublik Deutschland und alle Industrieländer sind aufgerufen, die Not der Menschen zu lindern. Großzügige humanitäre Hilfe, Unterstützung beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen und Programme der Entwicklungszusammenarbeit sind notwendig, außerdem massive Investitionen in die Versöhnungsarbeit, Re-Integration, in zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention.

Die Militäreinsätze der Europäischen Union (Ausbildungsmission EUTM Somalia und ATALANTA) haben hingegen nichts dazu beigetragen, die Sicherheit der Menschen in Somalia zu erhöhen, das Land und die Region zu stabilisieren. Dass die Bundesregierung keine weitere Verlängerung für den Bundeswehreinsatz im Rahmen von EUTM Somalia beantragt, ist insofern zu begrüßen. Die logische Konsequenz wäre, auch den Einsatz im Rahmen von ATALANTA zu beenden.

Die Schiffe der Mission ATALANTA haben in den 4 Jahren ihres Einsatzes nur sehr wenige Piratenschiffe vor der somalischen Küste aufgebracht. Zuletzt haben Handels-

schiffe Piraterieversuche eigenständig abgewehrt. Der vorgebliche Auftrag der Mission als Einsatz gegen Piraterie wird damit weiter ad absurdum geführt. Die strategische Bedeutung, die die Bundesregierung der Mission als militärischer Vorposten an einer bedeutenden Handelsroute zumisst, tritt jetzt auch in der Mandatsbegründung klarer in den Vordergrund, etwa im Zusammenhang mit dem Krieg im Jemen.

Demgegenüber unternehmen die Bundesregierung und die anderen Staaten des Westens nahezu nichts, um Piraterie und Gewalt an der somalischen Küste die soziale Basis zu entziehen. Im Gegenteil: Der völkerrechtswidrige Drohnen-Krieg der USA mit Hunderten von Toten allein in Somalia trägt erheblich dazu bei, dass sich die Gewaltspirale immer weiter dreht. Unter dem US-Präsidenten Trump wurde der Drohnen-Krieg noch eskaliert. Die Zahl der Angriffe stieg von 14 (2016) auf 31 (2017). Im Jahr 2017 wurden allein bei den beiden opferreichsten Drohnenangriffen der USA jeweils 100 und 105 Menschen getötet. Zahlreiche Studien belegen, dass sich junge Menschen radikalisieren und islamistischen Gruppen anschließen, wenn sie Ungerechtigkeit und Willkür erfahren haben. In diesem Sinne verschafft die extralegale Tötung, häufig von unbeteiligten Zivilisten, durch Drohnen islamistischen Terrorverbänden Zulauf. Auch deshalb müssen sie beendet werden. Für die komplexen Probleme Somalias gibt es keine militärischen Lösungen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bundeswehr aus dem Einsatz im Rahmen der Operation ATALANTA zurückzuziehen,
2. sich in der EU dafür einzusetzen, dass sowohl ATALANTA als auch EUTM Somalia beendet werden,
3. humanitäre und Wiederaufbauhilfe sowie die Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken,
4. zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention stärker zu unterstützen,
5. von den USA zu verlangen, dass sie die extralegalen Tötungen durch Drohnen einstellt, und
6. die US-Militärbasis Ramstein und das Hauptquartier des US Africom in Stuttgart-Möhringen als Stützpunkte für die US-Drohnenkriege zu schließen.

Berlin, den 24. April 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.